

ZEW NEWS

Forschungsergebnisse · Veranstaltungen · Veröffentlichungen

April 2019



Deutsche, französische und italienische Parlamentarier sind sich uneins über den europäischen Reformkurs.

Foto: © iStockphoto.com/saquizeta

Forschungsergebnisse

**Erinnerungen per E-Mail
motivieren zum Training**

Schwerpunkt M&A-Report

**Deutscher M&A-Index
schwächt**

Standpunkt zur deutschen Industriepolitik

**Nicht bis zu Ende
gedacht**

Zu wenig Einigkeit in Nationalparlamenten für umfassende EU-Reformen

Parlamentarier in den drei großen Ländern der Eurozone Deutschland, Frankreich und Italien sind uneins über den europäischen Reformkurs. Konsens besteht lediglich im Wunsch nach höheren öffentlichen Investitionen, mehr Rechten für das Europäische Parlament und wachsenden Zuständigkeiten der Europäischen Union für Immigration und Verteidigung. Tief gespalten zeigen sich die populistischen Gruppierungen im Norden und Süden: Während die deutsche AfD eine starke Skepsis gegen neue EU-Kompetenzen und Instrumente für die Eurozone hegt, gehören Lega und Fünf-Sterne-Bewegung in Italien zu den starken Befürwortern von mehr Solidarität und einer Abschwächung des Stabilitätspakts.

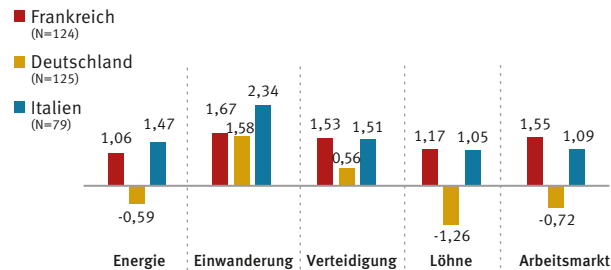
Dies sind zentrale Resultate einer Umfrage unter den Abgeordneten der nationalen Parlamente in Deutschland, Frankreich und Italien, die das ZEW gemeinsam mit der Universität Mann-

heim, der École Polytechnique in Paris und der Katholischen Universität Mailand konzipiert hat.

Die Umfrage wurde zwischen September 2018 und Januar 2019 durchgeführt. 328 Parlamentarier aus dem Deutschen Bundestag und den jeweils beiden Parlamentskammern in Frankreich und Italien haben sich daran beteiligt. Abgefragt wurden dabei die Präferenzen auf den folgenden drei Themengebieten: der Kompetenzverteilung zwischen EU und Mitgliedstaaten, den Reformen der Europäischen Währungsunion (EWU) und der Entscheidungsprozesse in der EU.

Die Ergebnisse zeigen, dass französische und italienische Abgeordnete insgesamt eher bereit sind, Kompetenzen nach Europa zu verlagern als ihre deutschen Kollegen/-innen. Das betrifft etwa die Energie-, Lohn- und Arbeitsmarktpolitik. Einigkeit zwischen Berlin, Rom und Paris besteht bei der Kompetenz-

UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE AUSWEITUNG VON EU-KOMPETENZEN



N=Anzahl der Antworten, Antworten auf einer Skala von -4 bis +4, Ergebnisse aus Gründen der Repräsentativität gewichtet

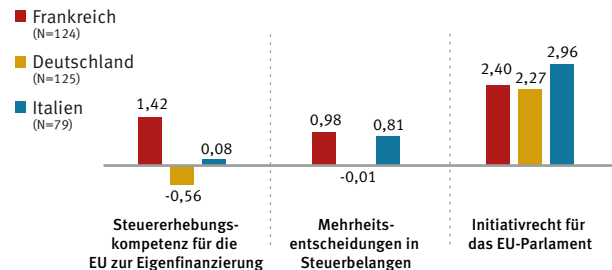
Quelle: ZEW

verteilung lediglich darin, dass Europa mehr Zuständigkeit in der Einwanderungs- und Verteidigungspolitik erhalten sollte (siehe Grafik oben links).

Klare Unterschiede bei Reformideen für die Eurozone

Ausgeprägte Unterschiede zwischen Frankreich und Italien auf der einen und Deutschland auf der anderen Seite zeigen sich bei den Reformideen für die Eurozone. Die Abgeordneten Frankreichs und Italiens sind sehr aufgeschlossen für ein Eurozonenbudget, für einen EU-Finanzminister, für Eurobonds und unterstützen zudem die Europäische Zentralbank (EZB) in ihren Anleihekäufen, während die Bundestagsabgeordneten bei all diesen Themen skeptisch bis ablehnend sind. Nur höhere Investitionen werden in allen Parlamenten begrüßt. Einigkeit besteht auch darin, dem Europaparlament das Recht zur Einbringung europäischer

UNTERSTÜTZUNG FÜR INSTITUTIONELLE REFORMEN



N=Anzahl der Antworten, Antworten auf einer Skala von -4 bis +4, Ergebnisse aus Gründen der Repräsentativität gewichtet

Quelle: ZEW

schuler Gesetzesvorschläge zu geben (siehe Grafik oben rechts). Bislang steht dieses Initiativrecht einzig der EU-Kommission zu.

Aufschlussreich ist der Vergleich der populistischen Parteien in Nord- und Südeuropa. Die deutsche AfD und die italienische Lega ähneln sich mit Blick auf die Ablehnung neuer EU-Politikkompetenzen. Hingegen gibt es einen starken Dissens zwischen AfD auf der einen Seite sowie Lega und der Fünf-Sterne-Bewegung auf der anderen Seite bei allen Euro-Reformthemen.

Die Ergebnisse zeigen, dass der Spielraum für umfassende EU-Reformen sehr begrenzt ist. Es gibt keinen breiten europäischen Konsens über die zukünftige Gestalt der Union. Sehr beunruhigend für die Zukunft des Euro ist, dass es ausschließlich Einigkeit darüber zu geben scheint, mehr Geld auszugeben.

Ein ZEW policy brief in englischer Sprache zu den Umfrageergebnissen findet sich unter: www.zew.de/PU80698

Prof. Dr. Friedrich Heinemann, friedrich.heinemann@zew.de

Übergriffe auf Asylsuchende vor allem dort, wo es wenig Erfahrung mit Zuwanderung gibt

Hasskriminalität in Deutschland hat seit dem Zustrom von Geflüchteten in den vergangenen Jahren stark zugenommen. In manchen Regionen ist der Anstieg solcher Straftaten jedoch deutlich stärker als in anderen. Dabei ist nicht die bloße Anzahl der Geflüchteten entscheidend, die in einem Landkreis aufgenommen wird. Landkreise, die viele Geflüchtete aufgenommen haben und zuvor nur einen geringen Anteil an ausländischen Einwohnern/innen hatten, verzeichnen den stärksten Anstieg an Hasskriminalität. Dabei ist die Gefahr für Asylsuchende, Opfer von Hasskriminalität zu werden, in Ostdeutschland zehnmals höher als in Westdeutschland. Zu diesen Ergebnissen kommt eine Studie des ZEW gemeinsam mit der Goethe-Universität Frankfurt am Main.

Unter Hasskriminalität lassen sich politisch motivierte Straftaten verstehen, deren Ausübung auf Vorurteilen gegen und Ablehnung von anderen sozialen Gruppen beruht. Die Wissenschaftler untersuchen Hasskriminalität, die gegen Asylbewerberunterkünfte und ihre Bewohner/innen gerichtet sind. Zu solchen Verbrechen zählen sowohl Volksverhetzungen und Hakenkreuz-Schmierereien als auch körperliche Angriffe und Brandanschläge. Die Autoren der Studie gehen dabei der Frage nach, ob Größe und regionale Verteilung des Zustroms von Asylsuchenden zu mehr Hasskriminalität gegen diese Gruppe führt und welche Determinanten zusätzlich Einfluss auf die Entstehung von Hasskriminalität nehmen. Die Studie basiert auf allen polizeilich registrierten Vorfällen von Hasskriminalität gegen Asylbewerberunterkünfte und den darin lebenden Menschen für die Jahre 2013 bis 2015.

Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass es keinen direkten Zusammenhang zwischen dem rein zahlenmäßigen Zustrom von Asylsuchenden und Hasskriminalität in den jeweiligen Kreisen gibt. Landkreise und kreisfreie Städte mit einem höheren Zustrom an Geflüchteten verzeichnen, also pro Kopf nicht mehr Angriffe gegen Asylsuchende als diejenigen Kreise mit weniger

Angriffen gegen Asylsuchende als diejenigen Kreise mit weniger



Foto: iStockphoto.com/MePhoto

Asylsuchenden. Der Studie zufolge sind eher regionale Unterschiede für den Anstieg von Hasskriminalität verantwortlich – die Wissenschaftler haben hierbei untersucht, ob der Anteil an schon ansässigen Migranten/-innen, die wirtschaftliche Situation der Kreise sowie die schon in den 1990er Jahren verübte Hasskriminalität gegen Ausländer die heutigen regionalen Unterschiede erklären können.

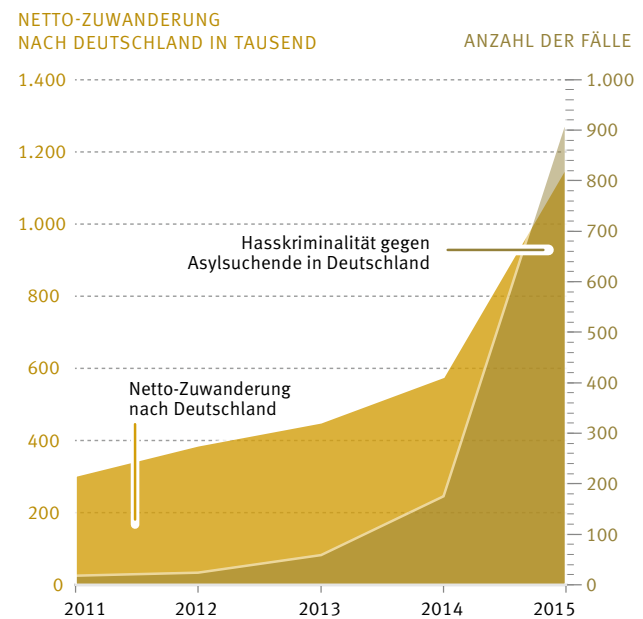
Das Verhältnis von Einheimischen zu schon ansässigen Ausländern, spielt dabei die wichtigste Rolle: Die Zahl der Angriffe auf Asylsuchende ist in Regionen mit einem zuvor geringen Ausländeranteil höher als in Regionen mit einem bereits hohen Ausländeranteil. Ob Hasskriminalität gegen Geflüchtete vorkommt, hängt vor allem davon ab, wie viel Erfahrung eine Region schon mit Zuwanderung hat.

Hasskriminalität ist nicht von wirtschaftlichen Motiven getrieben

Im bundesweiten Vergleich ist das Ausmaß der Übergriffe in Ostdeutschland wesentlich höher: Bei einem Ausländeranteil von drei Prozent und einen Zustrom von 1000 Asylsuchenden pro 100.000 Einwohnern kommt es im Durchschnitt in einem ostdeutschen Kreis zu zwei bis drei Übergriffen im Jahr. Für einen vergleichbaren Kreis in Westdeutschland sind es 0,4 bis 0,6 Übergriffe por Jahr.

Zudem finden die Wissenschaftler Belege dafür, dass es zu mehr Hasskriminalität gegen Asylsuchende in Regionen kommt, wo es schon vor 25 Jahren Übergriffe auf Ausländer gab. Der Anstieg der Hasskriminalität hängt auch damit zusammen, dass fremdenfeindliche Sichtweisen in den betroffenen Regionen bereits zuvor zu beobachten waren und verfestigt zu sein scheinen, schreiben die Autoren. Schon wenige neue Asylsuchende reichten aus, um in manchen Regionen verstärkt Hasskriminalität hervorzurufen.

DEUTSCHLAND: NETTO-ZUWANDERUNG UND HASSKRIMINALITÄT



Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundeskriminalamt

Die wirtschaftlichen Bedingungen vor Ort spielen bei diesem Phänomen nur eine untergeordnete Rolle. Hasskriminalität gegen Ausländer hat in erster Linie keine wirtschaftlichen Motive. Es wäre daher politisch wichtig, das Bewusstsein und das Mitgefühl bei der Zuweisung von Asylsuchenden in Regionen mit begrenzter Migrationserfahrung zu stärken, so das Fazit der Wissenschaftler.

Die Studie findet sich in englischer Sprache zum Download unter: www.zew.de/PU80696

Martin Lange, martin.lange@zew.de

i INHALT

Zu wenig Einigkeit in Nationalparlamenten für umfassende EU-Reformen. 1

Übergriffe auf Asylsuchende vor allem dort, wo es wenig Erfahrung mit Zuwanderung gibt. 2

Erinnerungen per E-Mail motivieren zu häufigerem Training 4

Schwerpunkt M&A-Report 5

„Freie Fahrt für freie Bürger“? – Für eine Versachlichung der Debatte um Tempolimits 8

Nachgefragt: Welche Folgen hätte eine Fusion von Commerzbank und Deutscher Bank? 9

ZEW intern 10

Daten und Fakten, Termine. 11

Standpunkt 12

Erinnerungen per E-Mail motivieren zu häufigerem Training

Obwohl bekannt ist, dass Sport Wohlbefinden und Leistungsfähigkeit steigert und zu einer besseren Gesundheit beiträgt, fällt es den meisten Menschen schwer, ausreichend Bewegung in den Alltag einzubauen. Dass kleine Erinnerungen per E-Mail den Besuch eines Fitnessstudios wahrscheinlicher machen, zeigt eine ZEW-Studie.

In den westlichen Ländern ist der Anteil der Personen, die sich zu wenig sportlich betätigen, über die Jahrzehnte stetig gestiegen und liegt derzeit bei mehr als 40 Prozent. Hierbei könnte eine Rolle spielen, dass das Sporttreiben und damit die Anstrengung in der Gegenwart stattfindet, der Großteil des damit verbundenen Nutzens, etwa mit Blick auf die Gesundheit, jedoch erst in der Zukunft eintritt. Es kommt daher häufig vor, dass man sich vornimmt, Sport zu machen, es aber dann doch unterlässt und in die Zukunft verschiebt. Die Studie untersucht, ob Mitgliedern eines großen Fitnessstudios eine wöchentliche Erinnerung bei der Entscheidung, Sport zu treiben, hilft.

Das ZEW führte die Studie gemeinsam mit einem Fitnessstudio in Göteborg, Schweden, durch. Das Studio ist eine gemeinnützige Einrichtung mit vier Standorten und mehr als 800.000 Besuchen im Jahr. Drei Einrichtungen bieten die Möglichkeit zum freien Training und zur Teilnahme an mehr als 200 Kursen in der Woche, bei der vierten Einrichtung handelt es sich um eine große Kletterhalle. Um in einem der Studios zu trainieren, wird eine elektronische Mitgliedskarte gescannt, und um an einem Kurs teilzunehmen, wird sie ein weiteres Mal gescannt – die sportlichen Aktivitäten der Mitglieder können also genau beobachtet werden. In der Studie wurden Mitglieder mit einem Zwölf-Monats-Vertrag und einer gültigen E-Mail-Adresse berücksichtigt. Insgesamt waren dies 2.463 Personen. Die Mitglieder – etwa 58 Prozent von ihnen waren Männer, das Durchschnittsalter lag bei 30 Jahren – wurden nach dem Zufallsprinzip in eine Gruppe, die eine Erinnerung erhält („Interventionsgruppe“), und in eine Kontrollgruppe aufgeteilt.

Die Mitglieder der Interventionsgruppe erhielten vom 9. Januar bis zum 9. April 2017 eine wöchentliche E-Mail des Fitnessstudios, in der sie zu einem Besuch des Studios ermuntert wurden. Die Nachricht umfasste jeweils bis zu drei Sätze Text auf Schwedisch und Englisch, hinzu kamen ein Foto aus dem Fitnessbereich und ein Link zur Webseite des Studios. Text und Bilder wechselten wöchentlich. Selbstverständlich konnte die

Erinnerungs-E-Mail auch jederzeit abbestellt werden. Bis zum Schluss waren 91 Prozent der anfänglichen Mitglieder der Interventionsgruppe auf dem Verteiler für die wöchentliche Erinnerung-Nachricht. Im Durchschnitt besuchten alle Mitglieder das Fitnessstudio etwa einmal wöchentlich. Vor Beginn der Erinnerungsmails besuchten die Mitglieder der Kontrollgruppe das Studio etwas häufiger als die Mitglieder der Interventionsgruppe. Sobald der Versand der E-Mails begann, kehrte sich dies jedoch um und die Mitglieder der Interventionsgruppe besuchten das Studio häufiger. Laut Studie führten die E-Mails zu einem Anstieg der wöchentlichen Fitnessstudiobesuche um 13 Prozent. Besonders stark wirkte sich die wöchentliche Erinnerung auf die Kursbuchungen aus: Sie stiegen um 17 Prozent, während Studiobesuche zum freien Training um zwölf Prozent zunahmen. Dies liegt daran, dass die Mitglieder nicht nur mehr Kurse buchten, sondern auch weniger Kurse absagten. Sie scheinen sich also durch eine Kursbuchung selbst zu disziplinieren, den gebuchten Kurs dann auch zu besuchen.

Positive Effekte bei allen Personengruppen

Die positiven Effekte beschränken sich dabei nicht auf eine bestimmte Personengruppe, sondern sind bei allen Mitgliedern – Frauen und Männern, Jungen und Älteren sowie Studierenden und Erwerbstätigen – gleichermaßen zu finden. Ebenfalls fällt auf, dass die Benachrichtigungen nicht nur kurzfristig zu mehr Studiobesuchen führten, sondern auch längerfristig. Dies mag daran liegen, dass die wöchentlichen Erinnerungen den Mitgliedern dabei geholfen haben, eine gewisse Routine beim Besuch des Fitnessstudios zu etablieren und diesen dauerhaft in ihren Alltag zu integrieren.

Da die Ergebnisse der Studie nicht nur für einen begrenzten Personenkreis gelten, sondern ganz im Gegenteil für eine breit gestreute Personengruppe mit den unterschiedlichsten Charakteristika, legen sie nahe, dass regelmäßige Erinnerungen per E-Mail eine äußerst kostengünstige Möglichkeit sind, Individuen zu mehr körperlicher Aktivität anzuregen. Dies hat positive Effekte sowohl für die Gesundheit der Mitglieder als auch für das Fitnessstudio selbst.

Die Studie in englischer Sprache findet sich zum Download unter: www.zew.de/PU80226

Dr. Wolfgang Habla, wolfgang.habla@zew.de



Schwerpunkt M&A-REPORT

Deutscher M&A-Index schwächelt seit Jahresende

Die Zahl der Übernahmen und Fusionen (Mergers & Acquisitions, M&A) mit deutscher Beteiligung ist im vergangenen halben Jahr etwas zurückgegangen. Vor allem im vierten Quartal 2018 wurden nur geringe Werte verzeichnet. Dabei war insbesondere der November schwach mit dem geringsten Monatswert seit zwei Jahren und dem zweitniedrigsten Wert seit sechs Jahren – nur der November 2016 hatte noch weniger Fusionen und Übernahmen verzeichnet. Doch auch der Dezember 2018 und der Start ins neue Jahr 2019 waren nicht viel schwungvoller und konnten den schwachen Herbst nicht ausgleichen. Dieser Verlauf spiegelt sich im halbjährlich errechneten ZEW-ZEPHYR M&A-Index wider. Der Index, der seit dem Jahr 2005 berechnet wird, bezieht sich auf die Anzahl der abgeschlossenen Transaktionen bei Fusionen und Übernahmen in Deutschland. Nachdem der gleitende Zwölfmonatsdurchschnitt bis August 2018 zwischenzeitlich leicht anstieg, gibt der Wert seither wieder nach.

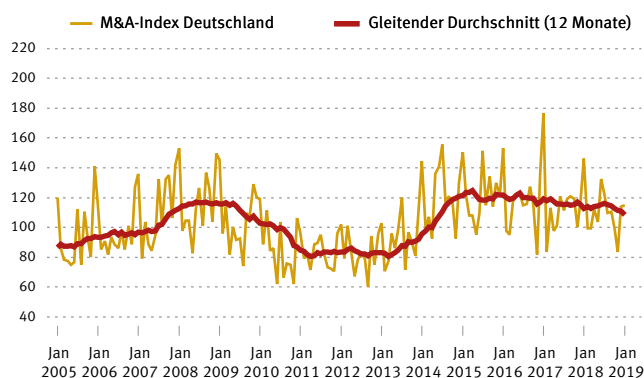
Die mit Abstand größte Transaktion im zurückliegenden Halbjahr war mit 28 Milliarden Euro die Übernahme des spanischen

Mautstraßen- Betreibers Abertis durch die deutsche Hochtief AG mit Sitz in Essen. Hochtief ist jedoch wiederum selbst Teil der italienischen Atlantia Holding, hinter der die Benetton-Familie steht. Ein Transaktionsvolumen von knapp mehr als einer Milliarde Euro verzeichnete die Übernahme der SSN Group AG aus dem schweizerischen Zug durch die Berliner Consul Real Estate AG, die dadurch ihre Position als größter Deutscher Immobilienentwickler stärkt. Knapp unter einem Transaktionsvolumen von einer Milliarde Euro blieb hingegen die Übernahme der CIT RAIL Holding Europe durch die Hamburger VTG AG. Der Zugwaggonvermieter erweitert seinen Wagenpark damit auf 94.000 Waggons weltweit.

Die M&A-Aktivitäten in Deutschland haben sich in den vergangenen Monaten leicht abgeschwächt. Das passt durchaus in das generelle konjunkturelle Bild. Fachleute hatten zuletzt ein geringeres Wachstum für die deutsche Wirtschaft im Jahr 2019 prognostiziert. Allerdings handelt es sich dabei nur um eine leichte Abschwächung und nicht um einen Konjunkturbruch.

Dr. Niklas Dürr, niklas.duerr@zew.de

ZEW-ZEPHYR M&A-INDEX DEUTSCHLAND



Quelle: Zephyr-Datenbank, Bureau van Dijk, Berechnung ZEW

Der **ZEW-ZEPHYR M&A-Index Deutschland** berechnet sich aus der Anzahl der in Deutschland monatlich abgeschlossenen M&A-Transaktionen. In diesem Index werden ausschließlich Fusionen und Übernahmen von und mit deutschen Unternehmen berücksichtigt. Eine Differenzierung nach dem Ursprungsland des Käufers oder Partners findet nicht statt. Das bedeutet, dass sowohl inländische als auch ausländische Käuferunternehmen berücksichtigt werden, während die Ziel-



BUREAU VAN DIJK
A Moody's Analytics Company

unternehmen in Deutschland tätig sind. Der ZEW-ZEPHYR M&A-Index Deutschland wird vom ZEW und von Bureau van Dijk auf Basis der Zephyr-Datenbank erstellt. Zephyr liefert tagesaktuelle Detailinformationen zu 1,9 Millionen M&A, IPO und Private-Equity-Transaktionen sowie Gerüchten weltweit.

M&A-Aktivität im deutschen Baugewerbe bewegt sich auf relativ hohem Niveau

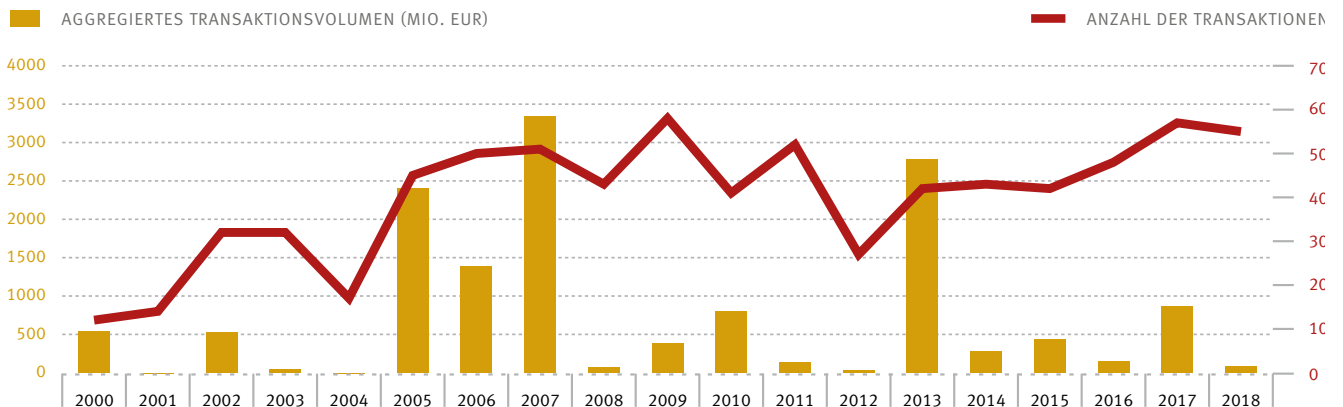
Das deutsche Baugewerbe boomt – die Auftragsbücher sind gefüllt, die Baupreise ziehen an und die Zahl der Erwerbstätigen pro Unternehmen steigt, wobei sich die Zahl der offenen Stellen ebenfalls auf einem Rekordhoch bewegt. Bei der M&A-Aktivität zeigt sich ebenfalls ein hohes Niveau bei der Anzahl der Transaktionen. Mit Fokus auf Käufer und Kaufobjekte in Deutschland konnten im vergangenen Jahr 55 Deals beobachtet werden und damit nur etwas weniger Transaktionen als zum Höhepunkt im Jahr 2009 (58 Deals). Nach dem Jahr 2009 machte sich die Rezession bemerkbar, die vorher noch durch die Konjunkturpakete I und II abgefedert werden konnte. Die Zahl der Transaktionen

unter zehn Prozent eine geringe Rolle. Die überwältigende Mehrheit der kleinen Unternehmen sind eingetragene Kaufleute oder Einzelunternehmen. Der Kreis der potenziellen Kaufpartner ist damit relativ gering und erklärt die geringe Transaktionszahl.

Unklares Bild bei Transaktionsvolumen

Für das Transaktionsvolumen – das nicht für alle Transaktionen bekannt ist und damit nur einen Teil abbildet – zeigt sich kein geordnetes Bild. Die aggregierten Transaktionsvolumen liegen meist unter einer Milliarde Euro mit Ausnahmen in den

M&A-TRANSAKTIONEN ZWISCHEN BAUUNTERNEHMEN IN DEUTSCHLAND



Quelle: Bureau van Dijk Zephyr, Thomson Reuters Datastream.

war vor dem Jahr 2005 noch weitaus geringer: Im Schnitt gab es von 2000 bis 2004 nur 21 Transaktionen. Die schwache Aktivität ist dabei dem Abbau der Zusatz-Kapazitäten nach den Baumaßnahmen im Zuge des Sanierungsbedarfs in den neuen Bundesländern nach der Wiedervereinigung geschuldet, welcher nach 1995 einsetzte und erst 2005/2006 endete.

Kleiner Kreis von potenziellen Partnern

Die Anzahl der Transaktionen ist aber im Verhältnis zu sehen. Die Zahl der Bauunternehmen in Deutschland liegt seit 2006 bei über 390.000. Knapp 80 Prozent sind im Ausbaugewerbe, der Rest im Bauhauptgewerbe tätig. Zudem haben Unternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten einen Anteil von 90 Prozent. Die absolute Zahl der Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten bewegt sich dabei im dreistelligen Bereich. Auch haben nur rund ein Drittel der Bauunternehmen in Deutschland die Rechtsform einer Kapitalgesellschaft. Personengesellschaften spielen mit

Jahren des Umbruchs 2005 bis 2007 sowie im Jahr 2013. Das durchschnittliche Transaktionsvolumen umfasst über die abgebildete Periode rund 130 Millionen Euro. Die drei größten Transaktionen sind der Kauf der Viterra AG durch die Deutsche Annington für sieben Milliarden Euro im Jahr 2005, der Verkauf der GBW AG an institutionelle Investoren für 2,45 Milliarden Euro im Jahr 2013 sowie die Übernahme von ThyssenKrupp Wohnimmobilien durch die Corpus Immobiliengruppe und Morgan Stanley für 2,1 Milliarden Euro im Jahr 2004.

Sieht man von Unternehmen ab, die auch im Grundstücks- und Wohnungswesen (das heißt Verkauf, Vermieten oder Verwaltung) tätig sind, ergibt sich ein anderes Bild. Im Durchschnitt sind hier nur 19 Transaktionen pro Jahr zu beobachten. Das zugehörige, durchschnittliche Transaktionsvolumen liegt bei wesentlich kleineren 60 Millionen Euro – und damit fernab von der Rekordübernahme des spanischen Autobahnbetreiber Abertis durch Hochtief für 28 Milliarden Euro.

Michael Hellwig, michael.hellwig@zew.de



Patentstarke Unternehmen sehen von M&A untereinander eher ab

Über mehrere Jahrzehnte haben die Marktmacht von Unternehmen und durchschnittlichen Preismargen stetig zugenommen. Als mögliche Ursache wird in diesem Zusammenhang oft die Konzentration zentraler Technologien in immer weniger Händen genannt. Ein solcher Anstieg der Konzentration im Technologiemarkt könnte mitunter Folge der aktiven M&A-Strategie innovationsstarker Unternehmen sein, die ebenso innovationsstarke Wettbewerber übernehmen.

Immer weniger Unternehmen besitzen mehr Patente

Die Konzentration patentierter Technologien deutscher Unternehmen – gemessen am sogenannten Herfindahl-Hirschman Index, dem HHI, der Patentportfolios – steigt kontinuierlich seit den frühen 2000er Jahren. In der Abbildung links unten zeigt sich ein stetig positiver Trend des Index (gelb). Ähnliche Muster lassen sich erkennen, wenn für die Berechnung des HHI nur die 100 patentstärksten Unternehmen berücksichtigt werden (rot). In beiden Fällen ist eine leichte Abschwächung in der jüngeren Vergangenheit erkennbar.

Einen ähnlich positiven (und sich leicht abschwächenden) Trend zeigt auch der Anteil der 100 beziehungsweise 250 patentstärksten Unternehmen an der Patentgesamtheit (nicht in der Grafik abgebildet). Dieser Anstieg der Innovationskonzentration in Deutschland scheint jedoch nicht auf die M&A-Strategien der

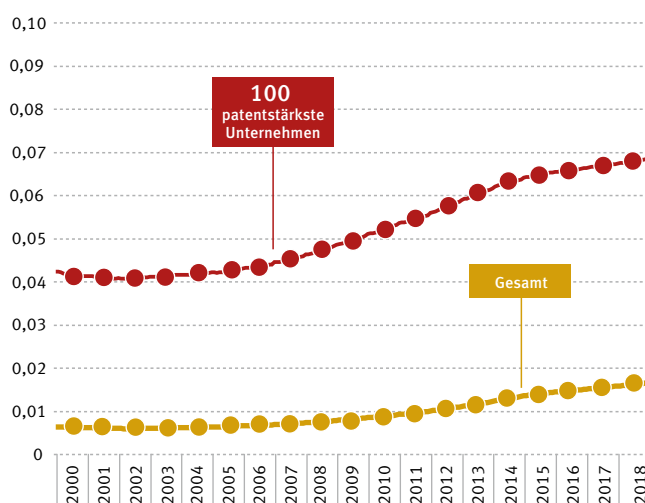
Unternehmen zurückzuführen zu sein, da sich keine nennenswerte Veränderung des HHI in Folge von M&A-Aktivität feststellen lässt. Ein wesentlicher Grund dafür ist die Tatsache, dass es verhältnismäßig wenig M&A-Aktivität zwischen Unternehmen mit großen Patentportfolios gibt. Die für den M&A-Report verwendeten Daten zeigen dagegen eine klare Tendenz zu Übernahmen kleinerer Portfolios durch größere (siehe Abbildung unten rechts).

Unternehmen mit kleineren Patentportfolios sind häufiger Übernahmekandidaten

Bei Werten auf der vertikalen Achse größer als 0,5 lässt sich von Übernahmen kleinerer durch größere Portfolios sprechen; bei Werten kleiner als 0,5 ist es umgekehrt. Die schwarze Kurve zeigt den gleitenden Zwölf-Monatsdurchschnitt, die graue Kurve die Monatsmittelwerte. Wird zusätzlich noch die Unternehmensgröße berücksichtigt, dann ist die Tendenz zur Übernahme patentschwächerer durch patentstärkere Unternehmen noch klarer zu sehen (rote Kurve). Eine überzeugende Rolle der M&A-Aktivität für den Anstieg der Konzentration von Technologie in Deutschland bei immer weniger Unternehmen lässt sich demnach nicht ohne Weiteres feststellen. Eine tiefergehende wirtschaftswissenschaftliche Analyse sollte hier Klarheit schaffen.

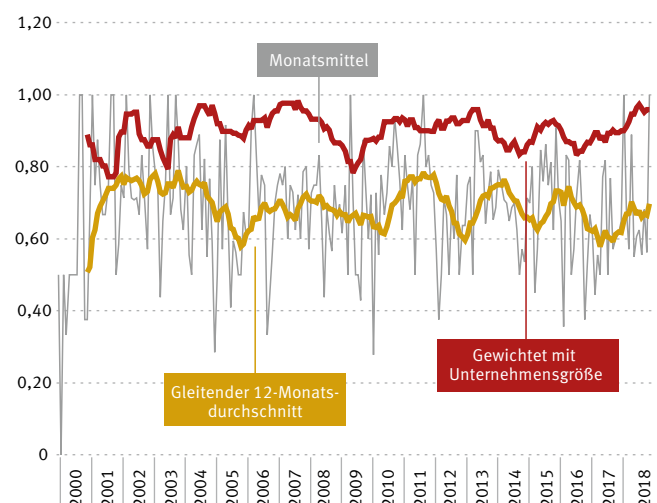
Vanessa Behrens, vanessa.behrens@zew.de
Dr. Bernhard Ganglmair, bernhard.ganglmair@zew.de

PATENT HERFINDAHL-HIRSCHMAN INDEX, HHI, FÜR DEUTSCHLAND



Quelle: Zephyr-Datenbank, Bureau van Dijk, Berechnung ZEW

ÜBERNAHME DURCH PATENTSTARKE UNTERNEHMEN



Quelle: Zephyr-Datenbank, Bureau van Dijk, Berechnung ZEW



Ein einfaches Feldexperiment könnte den Zusammenhang von Tempolimits und Verkehrssicherheit auf Autobahnen belegen.

„Freie Fahrt für freie Bürger“? – Für eine Versachlichung der Debatte um Tempolimits

In der aktuellen Debatte zu Tempolimits auf Deutschlands Autobahnen werden zwischen Befürwortern und Gegnern fast ausschließlich Argumente ausgetauscht, die einen auf nachweisbaren Fakten beruhenden Beleg schuldig bleiben. Dringend erforderlich ist jedoch eine sachliche und sorgfältige Auseinandersetzung mit kausalen Wirkungszusammenhängen und den volkswirtschaftlichen Kosten und dem Nutzen eines Tempolimits.

Während die jüngste Debatte ursprünglich von den CO₂-Einsparereffekten eines Tempolimits angestoßen wurde, verlagerte sie sich schnell auf die möglicherweise positiven Effekte von Geschwindigkeitsbegrenzungen auf die Verkehrssicherheit. Diese Effekte wurden unter anderem von führenden Automobilclubs in Zweifel gezogen. Ihr Argument: In Ländern, in denen ein generelles Tempolimit auf Autobahnen gilt, wie zum Beispiel in Belgien, Österreich oder den USA, seien die Unfallzahlen und die Anzahl der Verkehrstoten nicht geringer, sondern teilweise sogar höher als in Deutschland. Solche internationalen Vergleiche sind dabei äußerst irreführend. Schließlich unterscheiden sich andere Länder hinsichtlich einer Vielzahl an Faktoren, die einen direkten Einfluss auf die Verkehrssicherheit haben. So hängt die Zahl der Verkehrsunfälle etwa von der Qualität der Fahrausbildung, der Fahrerfahrung, welche sich auch in demographischen Kennziffern widerspiegelt, sowie den Straßen- und Wetterbedingungen im jeweiligen Land ab. Das Tempolimit ist also nur ein Faktor von vielen.

Ein einfaches Feldexperiment könnte helfen

Auch der innerdeutsche Vergleich von Streckenabschnitten mit und ohne Tempobeschränkung ist nicht zielführend, da die bestehenden Geschwindigkeitsbeschränkungen, die aktuell ungefähr 30 Prozent aller Autobahnkilometer umfassen, gerade dort eingeführt wurden, wo sich in der Vergangenheit viele Unfälle ereigneten. Es wäre also nicht verwunderlich, wenn sich die Unfallzahlen auf beschränkten und unbeschränkten Streckenabschnitten nicht (mehr) unterscheiden. Auch bei der Interpretation der Ergebnisse von Vorher-Nachher-Vergleichen bestimmter Streckenabschnitte, auf denen ein Tempolimit eingeführt wurde, ist Sorgfalt geboten. So kann eine beobachtete Verringerung der Unfallhäufigkeit nicht ursächlich auf das eingeführte Tempolimit zurückgeführt werden, wenn die Unfallwahrscheinlichkeit durch andere Faktoren oder Maßnahmen ebenfalls gesenkt wurde, etwa durch einen allgemeinen Rückgang

des Verkehrs oder durch verkehrsorganisatorische Maßnahmen wie Umleitungen oder Baustellen.

Tatsächlich gibt es kaum Studien, die einen kausalen Wirkungszusammenhang zwischen Tempolimits und Verkehrssicherheit überzeugend herstellen. Wie müsste solch eine Studie aussehen, die den kausalen Effekt eines Tempolimits auf die Verkehrssicherheit identifizieren würde? Bei einem Feldexperiment müsste eine hinreichend große Anzahl an zufällig ausgewählten Streckenabschnitten auf Autobahnen über einen längeren Zeitraum (bestenfalls ein ganzes Jahr, um für saisonale Effekte kontrollieren zu können) einem temporären Tempolimit unterworfen werden. Um ferner zu bestimmen, ob es eine optimale Höhe des Tempolimits gibt, sollten die eingeführten Geschwindigkeitsbeschränkungen variieren (zwischen 100, 120 und 140 km/h). Der Vergleich der regulierten Streckenabschnitte (Interventionsgruppe) mit den nichtregulierten Abschnitten (Kontrollgruppe) mit Blick auf Unfallzahlen lässt – unter der Annahme, dass die Entwicklung der Verkehrssicherheit in beiden Gruppen ohne Intervention vergleichbar gewesen wäre – kausale Rückschlüsse zu. Eine solche Studie wäre mit relativ niedrigem finanziellem Aufwand umsetzbar und würde die Effekte eines Tempolimits für Deutschland klar bestimmen.

Schwieriger gestaltet sich die Identifikation kausaler Effekte im Hinblick auf das durch ein Tempolimit zu erwartende CO₂-Einsparpotenzial. Modellrechnungen lassen zwar für eine bestimmte Fahrzeugflotte recht genaue Prognosen bezüglich des CO₂-Einsparpotenzials zu, beruhen jedoch auf einer ungewissen Annahme darüber, wie viele Verkehrsteilnehmer/innen sich tatsächlich an das Tempolimit halten. Eine Überwachung des Kraftstoffverbrauchs und damit der CO₂-Emissionen auf bestimmten Strecken erscheint technisch zu aufwändig, wenn nicht unmöglich.

Neben möglichen Effekten auf CO₂-Emissionen und Verkehrssicherheit sind Auswirkungen auf weitere gesellschaftlich relevante Größen denkbar, die bisher kaum in der öffentlichen Debatte Erwähnung finden. Dazu gehören unter anderem eine Reduktion von lokaler Luftverschmutzung und Lärm, Zeitersparnisse aufgrund einer geringeren Anzahl von Staus sowie eine geringere kognitive und körperliche Belastung aufgrund eines gleichmäßigeren Verkehrsflusses.

Die Analyse basiert auf einem ZEW policy brief, der in Kürze auf der ZEW-Homepage zum Download bereit steht.

Dr. Wolfgang Habla, wolfgang.habla@zew.de
 Vera Huwe, vera.huwe@zew.de
 Prof. Dr. Martin Kesternich, martin.kesternich@zew.de

Nachgefragt: Welche Folgen hätte eine Fusion von Commerzbank und Deutscher Bank?

„Im Fall eines Zusammenschlusses kämen gewaltige Kosten auf beide Institute zu“

Deutsche Bank und Commerzbank führen Gespräche über eine mögliche Fusion. Dahinter steht vor allem der Wunsch, einen nationalen Spieler im Bankensektor zu schaffen, der es mit den internationalen Größen der Branche aufnehmen kann. Beide Geldhäuser gelten jedoch als angeschlagen. Wie also würde sich der Zusammenschluss auf die Finanzmarktstabilität in Deutschland und Europa auswirken? ZEW-Finanzökonom Dr. Jesper Riedler meint, dass hier nicht so sehr die Größe, sondern vielmehr die Verflechtungen in das globale Finanzsystem entscheidend sind.

Gibt es Gründe, die für die Bildung einer „Deutschen Commerz“ sprechen?

Wenn man dem Bundesfinanzminister glauben will, dann braucht es in Europa größere und globalere Banken, um den Bedürfnissen der Wirtschaft gerecht zu werden. Das sehe ich nicht so und auch aus der deutschen Industrie kommen keine dringlichen Rufe nach einem größeren nationalen Champion im Bankensektor. Nichtsdestoweniger gibt es gute Gründe für den Zusammenschluss der zwei größten Privatbanken Deutschlands. Insbesondere könnten Kosten in substanziellem Umfang reduziert werden, indem redundante Filialen geschlossen und Backoffice-Funktionen wie etwa die Handelsabwicklung und Compliance-Abläufe zusammengelegt werden. Da die Geschäftsmodelle beider Häuser durchaus unterschiedliche Schwerpunkte setzen, wäre eine „Deutsche Commerz“ außerdem breiter aufgestellt als die jeweilige Bank alleine. Das macht die fusionierte Bank vermutlich widerstandsfähiger als die Einzelinstitute.

Vermutlich?

Im Prinzip gibt es auf dem deutschen Bankenmarkt nach wie vor viel Konsolidierungspotenzial. Das Problem liegt in der Umsetzung. Im Fall eines Zusammenschlusses kämen gewaltige Kosten auf beide bereits angeschlagenen Kreditinstitute zu. Besonders gute Erfahrungen mit Übernahmen haben beide Banken wahrlich nicht gemacht. Auch zehn Jahre nach den Übernahmen der Postbank durch die Deutsche Bank und der Dresdner Bank durch die Commerzbank sind die übernommenen Häuser nicht angemessen integriert.

Vielfach heißt es, die schiere Größe einer fusionierten „Deutschen Commerz“ könnte das Systemrisiko erhöhen. Im weltweiten Vergleich würde die Fusion aber kein Geldhaus hervorbringen, das zu den Top Ten der Branche zählt.

Reduzieren wird eine Fusion der Deutschen Bank mit der Commerzbank das Systemrisiko sicherlich nicht. Doch die Größe der fusionierten Bank, die am Ende wohl deutlich kleiner wäre als die Summe ihrer Teile, ist hier gar nicht entscheidend. Eine Bank stellt ein Systemrisiko dar, wenn sie im Falle der Insolvenz gerettet werden muss, um das Funktionieren des Finanzsystems auf nationaler oder globaler Ebene aufrechtzuerhalten.

Hier spielt die Deutsche Bank nicht unbedingt durch ihre Größe, aber durch ihre Verflechtungen in das globale Finanzsystem in einer anderen Liga als die Commerzbank. Tatsächlich ist es schwer sich ein Institut vorzustellen, dessen systemische Relevanz wesentlich höher ist als die der jetzigen Deutschen Bank. In der Liste der global systemrelevanten Banken des Financial Stability Boards wird lediglich JPMorgan Chase als systemrelevanter eingestuft. Die Deutsche Bank gilt für das globale Finanzsystem gleich in mehreren Bereichen als unverzichtbar. Dazu gehören unter anderem der globale Euro-Zahlungsverkehr, die Außenhandelsfinanzierung, Devisengeschäfte und das Geschäft mit festverzinslichen Wertpapieren.

Wie krisenfest sind Markt und Wirtschaft nach mehr als zehn Jahren seit der Lehman-Pleite?

Trotz der schlechten Ertragslage der beiden verbleibenden großen Privatbanken in Deutschland und vieler anderer Institute in Europa hat der Bankenmarkt im Verlauf der vergangenen zehn Jahre an Widerstandskraft gewonnen. Die Kernkapitalquote der großen Eurozonen-Banken lag Ende 2018 bei gut 14 Prozent, und ausreichend Liquidität ist auch vorhanden. Problematisch ist immer noch die starke Verflechtung zwischen Banken und ihren Heimatstaaten. Im Extremfall – dem sogenannten „Doom Loop“ – ziehen sich Banken und Staat gegenseitig immer tiefer in den Abgrund. Eine stärkere Integration des europäischen Bankenmarktes ist notwendig, um Schocks zu glätten und den „Doom Loop“ zu durchbrechen. Dies kann etwa durch grenzübergreifende Bankenfusionen geschehen, oder durch eine wesentliche Ausweitung des innereuropäischen Handels von verbrieften Bankkrediten.



Dr. Jesper Riedler

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im ZEW-Forschungsbereich „Internationale Finanzmärkte und Finanzmanagement“. In seiner Forschung beschäftigt er sich mit Fragen der Finanzmarktstabilität und -regulierung sowie deren Wirkung auf die Realwirtschaft. Darüber hinaus er-

forscht er die Folgen des Anleihenkaufprogramms der Europäischen Zentralbank auf den internationalen Finanzmärkten. Er betreut zudem die regelmäßige Umfrage unter Finanzmarktexperten/-innen zu den ZEW-Konjunkturerwartungen sowie zum ZEW-Finanzmarkttest.

jesper.riedler@zew.de

Europäisches Steuerrecht zwischen Integration und Auseinanderdriften

Ein gemeinsames europäisches Steuerrecht durchzusetzen, ist keine leichte Aufgabe. An diesem Prozess sind nicht nur die Institutionen der Europäischen Union in verschiedenem Maße beteiligt, sondern auch die EU-Mitgliedstaaten mit ihren ureigenen Interessen. Zu diesem komplexen Beziehungsgefüge gab Prof. Dr. Ferdinand Kirchhof, bis 2018 Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, seine Expertise in der ZEW-Vortragsreihe „Wirtschaftspolitik aus erster Hand“ ab.



Prof. Dr. Ferdinand Kirchhof spricht am ZEW

Damit in Europa überhaupt gemeinsame Steuerregeln beschlossen werden können, begann Kirchhof seinen Vortrag vor etwa 110 Gästen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft, brauche es eine einstimmige Entscheidung im Europäischen Rat, dem eigentliche Beschlussorgan. „Der Rat steht unter dem Einfluss der Diversität der Mitgliedstaaten. Um ihre Souveränität zu er-

halten, sagt er zu neuen Steuern meistens Nein.“ Hierbei gebe es jedoch einen Unterschied zwischen direkten und indirekten Steuern: Während direkte Steuern prinzipiell abgelehnt würden, so Kirchhof, sei der Rat für indirekte Steuern offener.

Die Europäische Kommission mit ihrem Initiativrecht verfolgt nach Kirchhof am konsequentesten die europäische Integration. Ihr Ziel sei ein einheitliches Steuerrecht für Europa. „Deshalb sagt sie zu neuen Steuern prinzipiell Ja.“

Ein weiterer Akteur im europäischen Steuerrecht ist der Europäische Gerichtshof (EuGH), ein „Motor der Integration“, so Kirchhof. Er zeigte auf, nach welchen Prinzipien der EuGH urteilt. Im Bereich der direkten Steuern berücksichtige der Gerichtshof eher die Autonomie der Mitgliedstaaten, und allgemein seien die vier Grundfreiheiten der EU die Fundamente der europäischen Rechtsprechung. „Im Ergebnis ist die Rechtsetzung durch die EU-Institutionen sehr voraussehbar“, urteilte Kirchhof. Es bleibe abzuwarten, in welche Richtung sich die EU in Zukunft entwickeln werde – ob sich die Souveränität stärker in Richtung Mitgliedstaaten oder stärker in Richtung EU verlagern werde.

In der Diskussion mit ZEW-Präsident Prof. Achim Wambach äußerte sich Kirchhof zu der vom Bundesverfassungsgericht geforderten Neuberechnung der Grundsteuer. Welcher der Vorschläge am besten sei, wollte er dabei nicht beurteilen. „Das Gericht optimiert nicht – es sagt nur, was verfassungsrechtlich zulässig ist“, stellte er klar. „Alles andere ist Aufgabe der Politik.“

Eine Bilderstrecke zu der Veranstaltung findet sich online unter: www.zew.de/AM6438

FRAME-Abschlusskonferenz dreht sich um Innovationspolitik und Wirtschaftsleistung

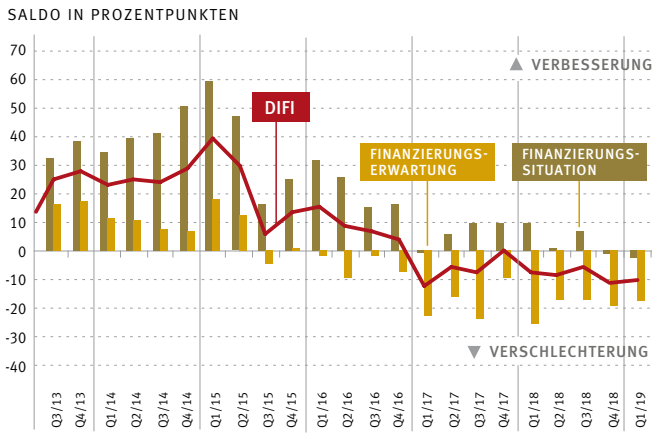
Wie spielen Makroökonomie und Innovationspolitik zusammen? Diese Frage diskutierten internationale Wissenschaftler/innen und politische Entscheidungsträger im Frühjahr 2019 bei der FRAME Final Policy Conference in London. Während der Konferenz präsentierten die Projektbeteiligten die zentralen Ergebnisse und diskutierten mit den unterschiedlichen Adressaten der Forschungsergebnisse die politischen Handlungsempfehlungen des EU-Horizon-2020-Projekts FRAME (Framework for the Analysis of Research and Adoption Activities and their Macroeconomic Effects).

Ziel des FRAME-Projekts war die Entwicklung eines Instrumentariums zur zuverlässigen Bewertung der Auswirkungen von Innovationspolitik auf Schlüsselvariablen wie Produktivität und langfristiges Wachstum. Zu den zentralen Forschungsergebnissen gehören unter anderem neue dynamische, stochastische Gleichgewichts-(DSGE)-Modelle sowie neue Schätzverfahren für Totefaktorproduktivität (TFP), die dabei helfen, eine geeignete Forschungs- und Innovationspolitik für Europa zu entwickeln. Vertreter/innen aus Wissenschaft und Politik konnten bei der Abschlusskonferenz die Hauptergebnisse des Projekts gemeinsam mit renommierten Gästen diskutieren. Ein wichtiges Thema, zu dem es Vorträge von führenden Forscher/innen gab, waren

die Ursachen und Folgen der Konzentration von Innovationen. So präsentierte Diego Comin, Professor für Wirtschaftswissenschaften am Dartmouth College und Research Fellow am CEPR, neue Erkenntnisse zu Effekten von Wachstum und Produktivität auf Ungleichheit und Polarisierung. Eine Studie zum nachlassenden langfristigen Wachstum und der dabei folgenden Konzentration von Kapital und Industrien durch die Expansion großer Firmen präsentierte Harvard-Professor Philippe Aghion. So sei die Fokussierung der Innovation auf sogenannte „Superstar“-Unternehmen wie Amazon, Google und Co. in den USA einer der Gründe für das schwächere Wirtschaftswachstum.

Hochkarätig besetzte Panels mit internationalen Experten/innen, etwa mit dem Europa-Chefökonom von Goldman Sachs, Huw Pill, Professor Dietmar Harhoff vom Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb in München, Professor Jonathan Haskel vom Imperial College London und der Bank of England oder dem Chefs-Volkswirt der Generaldirektion Forschung und Innovation der Europäischen Kommission, Dr. Román Arjona, boten eine ideale Voraussetzung für interessante Diskussionen. Thema in den Panels war der Umfang und die Relevanz der Forschungsergebnisse, aber auch Empfehlungen zur Umsetzung der durch das FRAME-Projekt entwickelten Methoden.

Stimmung unter Immobilienfinanzierern in Deutschland bleibt pessimistisch

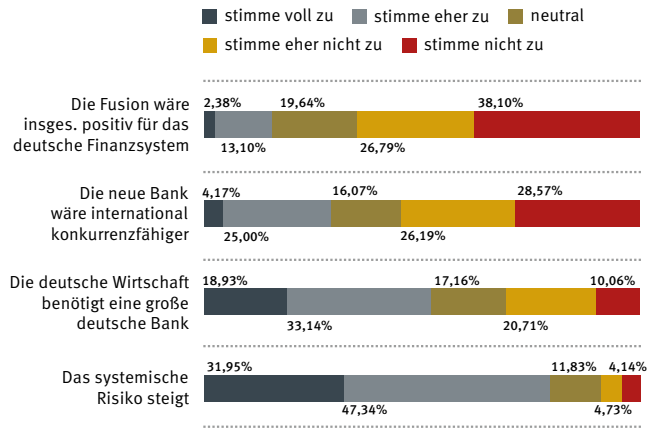


Quelle: IJL und ZEW

Der Deutsche Immobilienfinanzierungsindex (DIFI) notiert mit einem Stand von minus 9,7 Punkten auch im ersten Quartal 2019 nahezu unverändert im negativen Bereich. Der DIFI setzt sich aus Experteneinschätzungen zur Immobilienfinanzierungssituation der vergangenen sechs und zu den Erwartungen über die kommenden sechs Monate zusammen. Neu ist, dass seit dem dritten Quartal 2018 die Experten/-innen neben ihren Einschätzungen zu den Assetklassen Büro, Einzelhandel, Logistik und Wohnen auch ihre Einschätzungen zur Nutzungsart Hotel abgeben. Im Vorquartal lag der DIFI bei einem Wert inklusive der Hotels von minus 10,4 (ohne Hotels: minus 10,8). Somit bewegt sich der Index seit beinahe zwei Jahren in einem ähnlichem Korridor unter der Nulllinie. Dies spiegelt die vorherrschende gedämpfte Wirtschaftslage wider, die seit 2018 eine Abkühlung erlebt. Family Offices und Investoren aus Asien und dem Nahen Osten werden auf Sicht von zwölf Monaten verstärkt Immobilien in Deutschland nachfragen. Dies ist das zentrale Ergebnis der Sonderfrage, die das Panel in diesem Quartal beantwortet hat.

Dr. Carolin Schmidt, carolin.schmidt@zew.de

Mögliche Fusion von Deutscher Bank und Commerzbank stößt auf Ablehnung



Quelle: ZEW

Rund 180 vom ZEW befragte Finanzmarktexperten/-innen beurteilen eine Fusion von Commerzbank und Deutscher Bank insgesamt kritisch. Lediglich gut 15 Prozent der Umfrageteilnehmer/-innen stimmen der Aussage zu, dass die Fusion gut für das deutsche Finanzsystem wäre. Dagegen stimmen knapp 65 Prozent dieser Aussage nicht zu, während knapp 20 Prozent weder positive noch negative Effekte für das Finanzsystem erwarten. Zwei Faktoren erklären dieses Ergebnis. Zum einen glaubt eine Mehrheit der Finanzmarktexperten/-innen, dass durch eine Zusammenlegung von Deutscher Bank und Commerzbank keine nennenswerten Größenvorteile entstehen, die eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der dann fusionierten Großbank zur Folge hätten. Knapp 55 Prozent stimmen der Aussage nicht zu, dass die neue Bank international konkurrenzfähiger wäre als die beiden Einzelinstitute. Zum anderen befürchten fast 80 Prozent der Umfrageteilnehmer/-innen einen Anstieg des systemischen Risikos, sollte es zur Fusion kommen. Lediglich neun Prozent der Befragten sehen dieses Risiko nicht.

Dr. Jesper Riedler, jesper.riedler@zew.de



Diskussion über die Mobilität der Zukunft

Über den Verkehr in der nahen Zukunft und intelligente, nachhaltige Mobilitätskonzepte debattieren bei einer gemeinsam vom ZEW und dem baden-württembergischen Verkehrsministerium organisierten Paneldiskussion am 14. Mai 2019 in der BW-Bank in Stuttgart ZEW-Präsident Prof. Achim Wambach, Ph.D., Winfried Hermann, Minister für Verkehr des Landes Baden-Württemberg, Prof. Dr. Cordula Kropp von der Universität Stuttgart sowie Manfred Fuhg, Leiter Siemens Mobility Deutschland. Die Teilnahme an der Veranstaltung ist auf Einladung möglich, bei Interesse wenden Sie sich bitte an event@zew.de. Nähere Informationen unter: www.zew.de/VA2741

ZEW Lunch Debate zu EU-Reformen

Die nächste ZEW Lunch Debate am 5. Juni 2019 widmet sich dem Thema „Die EU und die Reformen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion“. Im Mittelpunkt der Veranstaltung in Brüssel, die das ZEW gemeinsam mit der Brigitte Strube Stiftung veranstaltet, stehen die Perspektiven der Mitgliedstaaten aus Zentral- und Osteuropa. Ihre Sicht auf die EU und ihre Reformoptionen schien in der jüngeren Vergangenheit eher wenig Gehör zu finden. Diese ZEW Lunch Debate vergleicht die Perspektiven osteuropäischer Ökonomen mit der Sicht ihrer französischen, italienischen und deutschen Kollegen auf Basis einer breitangelegten Befragung. Nähere Informationen unter: www.zew.de/VA2690



Foto: ZEW

Nicht bis zu Ende gedacht

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier hat vorgelegt. Seine Antwort auf den „Prozess rasanter und tiefgreifender Veränderung“ in der Weltwirtschaft ist die „Nationale Industriestrategie 2030“. Während viele diese Strategie skeptisch sehen, scheint besonders die Industrie seine Pläne zu

unterstützen. Der Analyse aus dem Bundeswirtschaftsministerium ist Vieles abzugewinnen. Die dominanten Digitalunternehmen aus den USA beherrschen in ihren Segmenten auch den europäischen Markt und breiten sich weiter aus. Diese Unternehmen sind dabei extrem innovativ. Sie gehören zu den Unternehmen, die im weltweiten Vergleich am meisten für Forschung und Entwicklung ausgeben. Auf der anderen Seite steht China, das seinen Anteil an der globalen Wirtschaftsleistung in den vergangenen 15 Jahren auf mehr als 18 Prozent verdoppeln konnte, und das mit seiner Strategie „Made in China 2025“ plant, in verschiedenen Sektoren zur Weltspitze aufzuschließen. Strategische Einkäufe von Unternehmen wie Kuka unterstreichen diese Strategie. Deutschland und Europa laufen Gefahr, abgehängt zu werden.

Noch ist Zeit, um darauf zu reagieren. Dazu müssen die Hausaufgaben der Politik jetzt gemacht werden. Uneingeschränkt zuzustimmen ist dem Minister, die nationale Infrastruktur richtig aufzustellen. Breitbandausbau, E-Government und Investitionen in die physische Infrastruktur sind Bestandteil jedes Wahlprogramms – nur es muss auch umgesetzt werden.

Den dominanten Plattformen aus den USA gilt es mit einem wegweisenden Wettbewerbsrecht entgegenzutreten. Mit der 9. Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen im Jahr 2017 und der anstehenden 10. Novelle hat sich dazu einiges in Deutschland getan. Die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission Wettbewerbsrecht 4.0 untersucht momentan, inwiefern das europäische Wettbewerbsrecht angepasst werden muss. Im Fokus stehen die Instrumente der Wettbewerbs- und Regulierungsbehörden, um den Missbrauch von Marktmacht bei den Internetgiganten und dominanten Plattformunternehmen in den Griff zu bekommen. Ein anderer Schwerpunkt ist, Unternehmen bei der Zusammenarbeit beim Aufbau eigener Plattformen oder bei der Zusammenführung von Datensätzen mehr Rechtssicherheit zu verschaffen.

Der Wettbewerb aus China stellt sich anders dar: Die chinesischen Unternehmen werden teilweise durch den Staat geschützt und subventioniert und haben damit Startvorteile. Das unterbindet ein Level-Playing Field zwischen europäischen und chinesischen Unternehmen. Hier ist wichtig, den Druck weiter zu erhöhen, dass sich der chinesische Markt weiter öffnet und ein fairer Wettbewerb möglich ist. Das geplante Investitionsabkommen von Europa mit China wäre ein wichtiger erster Schritt, ein Handelsabkommen müsste folgen. Aber auch ohne diese Maßnahmen ist Europa nicht machtlos. Anti-Dumping- sowie Anti-Subventions-Verfahren können ausgeweitet werden.

Hingegen sind die Pläne des Bundeswirtschaftsministers, das europäische Wettbewerbsrecht zu ändern, um dadurch mehr „deutsche und europäische Champions“ zu schaffen, nicht zu Ende gedacht. Wenn durch Fusionen europäische Champions entstehen, ohne dass es zu Wettbewerbsproblemen kommt, so sind solche Zusammenschlüsse auch heute schon möglich. Kommt es hingegen zu Wettbewerbsproblemen, so bedeutet ein Zusammenschluss, dass hier ein marktmächtiges Unternehmen entsteht. Dann aber greift die Missbrauchsaufsicht. Und das zu Recht, zum Wohl von Verbrauchern und zur Stärkung des Wettbewerbs.

Insofern ist nicht ganz nachzuvollziehen, warum sich die deutsche Industrie für die Schaffung europäischer Champions so in die Bresche schlägt. Große chinesische Staatsunternehmen als Maßstab für die Konkurrenzfähigkeit von Unternehmen zu nehmen, bedeutet halt nicht nur groß zu sein, sondern auch, dass die öffentliche Hand bei Unternehmensentscheidungen mitredet. Das kann weder im Interesse der Unternehmen noch von Anhängern der Sozialen Marktwirtschaft sein. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass Wettbewerb und freie Unternehmensentscheidungen einem Markt mit oligopolistischen Unternehmen unter öffentlicher Aufsicht vorzuziehen sind.

ZEW-Präsident Prof. Achim Wambach Ph.D.

Dieser Beitrag ist zuerst in längerer Fassung am 14. März 2019 in der „FAZ“ erschienen.

ZEW

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim

L 7, 1 · 68161 Mannheim · www.zew.de

Präsident: Prof. Achim Wambach, Ph.D. · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

Redaktion: Gunter Grittmann · Telefon +49 621 1235-132 · gunter.grittmann@zew.de

Felix Kretz · Telefon +49 621 1235-103 · felix.kretz@zew.de

Sabine Elbert · Telefon +49 621 1235-133 · sabine.elbert@zew.de

Kathrin Böhmer · Telefon +49 621 1235-128 · kathrin.boehmer@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim, 2019